

## Niederschrift

### zur 23. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 08.03.2017	18:32- 20:18 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Fraktion DIE LINKE.

Martin Gollmer , Gerold Sachse

##### CDU/FDP-Fraktion

Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Reinhard Ksink bis 20.05 Uhr

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Kai Hamacher für Thomas Fischer, Matthias Rudolph

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ab 18.35 Uhr

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes , Thomas Apitz , Ute Berger

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse, Anke Marggraf , Barbara Scharf, Andrea Marx zu TOP 7.1

##### Abwesend

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer entschuldigt,

##### SPD-Fraktion

Sebastian Rausch, Jürgen Luban entschuldigt,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt

##### Gäste

MOZ, Frau Manja Wilde, Myriam Kalipke

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellv. Vorsitzende, **Abg. Rudolph**, begrüßt die Anwesenden recht herzlich und eröffnet um 18.32 Uhr die 23. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt.

#### TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

**Abg. Rudolph** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind zunächst 7 Mitglieder und 4 sachkundige EinwohnerInnen anwesend.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

**Abg. Rudolph** merkt zur Tagesordnung an, den Punkt „Mittelverwendungsprüfung Kufa 2016“, so wie am 21.02.2017 besprochen, wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Dr. Fehse** verweist darauf, dass im letzten Jahr ein Zuwendungsbescheid beschlossen wurde, der einen Mittelnachweis innerhalb von 6 Monaten nach Ende des Haushaltsjahres vorsieht, so dass dieser TOP vor dem 30.6. keinen Sinn ergibt.

Somit wird über diesen TOP heute nicht befunden.

Des Weiteren unterbreitet er den Vorschlag, die Tagesordnungspunkte 7.3. und 7.4. zu tauschen, da beide Punkte im Zusammenhang mit dem Haushalt stehen.

**Abg. Sachse** äußert seinen Unmut zur Tagesordnung darüber, dass insbesondere zum Pkt. 7.1. „Mittelverwendungsprüfung Parkfest 2016“ der Bericht im Vorfeld nicht zur Verfügung stand und deshalb eine Vorbereitung auf die Sitzung nicht möglich war. Er bittet die Verwaltung darum, zukünftig die Sitzungsunterlagen zeitnah zur Verfügung zu stellen.

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 8.2.2017**

**Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

### **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Es liegen keine Informationen vor.

### **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohneranfragen gestellt.

### **TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

#### **TOP 7.1 Mittelverwendungsprüfung Parkfest 2016**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind **Frau Scharf und Frau Marx** anwesend. Frau Scharf hat die Rechtmäßigkeit der Förderung des Parkfestes 2016 geprüft und festgestellt, dass die Genehmigung und Abrechnung des Zuschusses an den Waldkinderverein nachvollzogen werden kann. Die dabei aufgetretenen Probleme sind vor allem der Erstmaligkeit der Durchführung eines Parkfestes geschuldet. Entsprechende Auswertungen fanden statt. Die Finanzierung erfolgte ausschließlich mit Mitteln der Stadt und dem Verkauf von Plaketten.

Aus dem heute allen Mitgliedern zur Verfügung gestellten Prüfbericht hinterfragt **Abg. Hamacher** zu den Honoraraufwendungen (1.794 €), worauf **Frau Marx** antwortet, dass Frau Kruse, als Organisatorin, sich zu den Künstlerverträgen Beratung geholt und auch ihre angefallenen Stunden in Rechnung gestellt hat.

Herr **Thomas Apitz** möchte wissen, welche Kosten für die Durchführung des Parkfestes angefallen sind. **Frau Marx** teilt mit, dass diese insbesondere für die Technik, Straßenmusiker, Artisten, Abschlusskonzert auf der Bühne, Werbemittel, Plakate, Banner, Flyer etc. entstanden sind.

Des Weiteren hat der Heimattiergarten eine Ausgleichszahlung in Höhe von 2.000 Euro erhalten, weil kein Eintritt erhoben wurde.

**Abg. Hoffrichter** kann nicht beurteilen, ob die Leistungen/Gegenleistungen für den Organisations- teil übereinstimmen.

**Abg. Peter-Frank Apitz** begrüßt außerordentlich, dass es dieses Parkfest gibt und führt weiter aus, dass der Verein ein ehrenamtlich agierender und es nicht unüblich ist, dass Regiekosten anfallen. Für die kommenden Feste sollten in einem verträglichen Maße die Regiekosten in die Projektförderung mit einfließen und die Projektförderung sollte den Richtlinien der Kulturförderrichtlinie folgen.

**Abg. Rudolph** schlägt vor, den Kritikpunkt der Honorarkosten mittels Antrag in eine ordentliche Verwaltungsanweisung zu gießen, worauf **Dr. Fehse** zu bedenken gibt, dass diese Veranstaltung nicht auf der Förderrichtlinie basiert, sondern dass hierzu ein gesonderter Beschluss durch die STVV gefasst wurde und in diesem keine weitere Restriktion enthalten war. Deshalb war es für die Verwaltung schwierig, zusätzliche Regularien einzuziehen. Zukünftig sollte dann, um eine Gleichbehandlung zu erreichen, die Kulturförderrichtlinie Anwendung finden.

Nach diesem Tagesordnungspunkt verlässt Frau Marx die Sitzung.

## **Kenntnisnahme**

### **TOP 7.2 Bericht zur Planerfüllung des Haushaltsjahres 2016**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhalten die Mitglieder in Papierform die über- und außerplanmäßigen Mittelverschiebungen per 31.12.2016, die vorläufige Bilanz der Stadt Fürstenwalde/Spree zum 31.12.2016, sowie die vorläufige Ergebnis- und Finanzrechnung ohne Erläuterungen. Die Verwaltung schlägt vor, ergänzende Erläuterungen vorzutragen, verweist aber darauf, dass die Zahlen für die Ergebnisrechnung und die Bilanz erst feststehen, wenn der Jahresabschluss festgestellt und die entsprechenden Unterlagenberichte zusammengestellt sind.

**Dr. Fehse** erläutert die Übersicht zu den über- und außerplanmäßigen Mittelverschiebungen und steht für Fragen und Meinungsäußerungen zur Verfügung.

Die Mitglieder verständigen sich darauf, zunächst die Unterlagen zu sichten und offen gebliebene Fragen/Erklärungen an Herrn Dr. Fehse zu richten.

Im zweiten Teil geht **Dr. Fehse** auf die vorläufige Bilanz näher ein, zu der es aber noch eine Reihe von Veränderungen geben wird, dies betrifft insbesondere den Abschluss von Investitionsmaßnahmen. Der Gesamtüberschuss im Jahr 2016 (Stand 07.03.2017) beträgt 350.895,58 €. Die Finanzrechnung wird sich nicht mehr verändern. Auf der Aktivseite der Bilanz gibt es keine gravierenden Veränderungen.

Zur Aktivseite Pos. 2.2.2.3 hinterfragt **Abg. Rudolph** zu den Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände gegen verbundene Unternehmen, warum diese Position rund 500.000 € weniger ausweist.

Die Verwaltung wird die Antwort nachreichen.

**Abg. Rudolph** bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausführungen. Grundlegend hätte er sich aber vorstellen können, mehr Informationen zum Stand der Haushaltsplanerfüllung zu erhalten (ausgewählte Positionen, Produkte, Stand der Zielerreichung etc.).

**Dr. Fehse** sagt, dass zu den Stichtagen nicht mehr Informationen kommen können, sondern immer nur die vorläufigen Zahlen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

## **Kenntnisnahme**

### **TOP 7.3 Stand Haushaltsplan 2017 einschließlich Finanzplanung 2017-2020**

Hierzu berichtet **der Kämmerer**, dass mit Stand 28.02.2017 der Gesamtüberschuss im Ergebnisplan 382.200 € beträgt. Von den einzelnen Fachgruppen sind sehr viele Veränderungsmeldungen eingegangen, auch in Größenordnungen sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzplan. Zur nächsten Hauptausschusssitzung sagt die Verwaltung zu, die Änderungsblätter, den geänderten Haushaltsplan sowie den Vorbericht zu übermitteln. Nach wie vor geht die Verwaltung davon aus, dass ein positives Ergebnis im Ergebnisplan erreicht und die Investitionen über den Finanzplanungsplanungszeitraum mit Ein- und Auszahlungen in Übereinstimmung gebracht werden können, damit der Fördermittelfluss für die kommenden Haushaltsjahre nicht gefährdet ist.

**Abg. Rudolph** hinterfragt bei der Verwaltung, wie bezüglich mit der Beantwortung von Nachfragen verfahren werden soll.

Hierzu merkt **Abg. Sachse** abschließend an, die Nachfragen direkt an Herrn Dr. Fehse zu richten und die Antworten auf die gestellten Fragen allen Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

## **Kenntnisnahme**

### **TOP 7.4 Weitere Verfahrensweise mit den aktuellen Investitionskrediten der Stadt**

Die Mitglieder erhalten als Tischvorlage eine Übersicht zu den fest verzinsten und variabel verzinsten Darlehen der Stadt Fürstenwalde/Spree (Stand 06.01.2017).

**Der Kämmerer** führt einleitend aus, dass die Stadt ab 2018 jährlich mehr als 4,0 Millionen Euro für die Tilgung von Schulden aufbringen muss. Deshalb lautet der Vorschlag der Verwaltung, die Tilgung perspektivisch auf 3,0 Millionen Euro jährlich zu deckeln, um noch Spielräume für Investitionen zu haben. Der Plan lasse sich aber nur mittels der variabel verzinsten Darlehen umsetzen, da diese eine kurze Kündigungszeit haben. Aus den fest verzinsten Krediten komme man frühestens 2018 raus.

**Abg. Rudolph** merkt kritisch an, dass die Zinsen auf den Schultern künftiger Generationen verlagert werden und stellt weiterhin fest, dass der größte Teil für den Erweiterungsbau Bonava aufgebracht wird. Zu diesem Kredit sei immer gesagt worden, dass er rentierlich ist und sich aus Mieteinnahmen bedienen lasse.

**Dr. Fehse** betont darauf hin, dass die Kredite, die sich aus Miet- und Pachteinnahmen refinanzieren, nach wie vor rentierlich sind.

Der sachkundige Einwohner, **Thomas Apitz**, stellt fest, dass man nicht umhin komme, die Tilgungen zu senken, wenn der Stadt Einnahmen fehlen.

**Abg. Sachse** sagt, dass er bei dieser Diskussion hin und her gerissen ist. Er ist der Meinung, die Kredittilgung sollte nicht abgesenkt werden, sieht aber auf der anderen Seite durchaus das Problem, dass der Spielraum im Haushalt benötigt wird.

Abschließend fasst **Dr. Fehse** zusammen, dass haushaltsrechtlich zwei Bedingungen zu erfüllen sind, zum einen ein positives Ergebnis im Ergebnisplan und die Summe der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit (Finanzplan) muss positiv sein. Darauf achtet die Kommunalaufsicht des LOS.

Die Mitglieder verständigen sich darauf, da es auch ein politischer Wille ist, die Tilgung auf 3,0 Millionen Euro jährlich zu deckeln, die Verwaltung zu beauftragen, eine Beschlussvorlage für den Haushaltsüberwachungsausschuss, HAS und ggf. STVV zu erarbeiten.

## **Kenntnisnahme**

### **TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Seitens der Mitglieder liegen keine Anfragen an die Verwaltung vor.

### **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

**Dr. Fehse** teilt den Mitgliedern den aktuellen Stand zur Zweitwohnsitzsteuer mit.

	per 5.12.2016	per 22.12.2016	per 6.3.2017
Anschreiben insgesamt	1.219	1.219	1.280
Steuerpflichtige	83	89	107
Steueraufkommen	21.960,80 €	21.960,80 €	21.474,86 €
Anmeldung zur Hauptwohnung	23	23	27
Fallweitergabe an das EWMA	136	136	139
Abmeldung der Nebenwohnung	255	259	262

**Abg. Rudolph** hinterfragt, wie hoch der Aufwand (Personalkosten, interne Verrechnungen etc.) zu beziffern ist.

**Dr. Fehse** sagt, dass dafür eine Kollegin befristet (30 Stunden) eingestellt wurde.

Des Weiteren sagt er zu, den Mitgliedern zum Jahresende 2017 die vollständige Analyse zur Verfügung zu stellen.

Zum Erweiterungsbau der Bonava Deutschland GmbH berichtet **Dr. Fehse**, dass die Stadt einen Kreditbetrag in Höhe von 3.733.500 € bei der ILB (Laufzeit 10 Jahre, Zinssatz 0,567%) aufgenommen hat.

Abschließend teilt er noch mit, dass er urlaubsbedingt an der nächsten Sitzung am 05.04.2017 nicht anwesend sein wird.

### **TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der stellv. Vorsitzende beendet um 20.18 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Matthias Rudolph  
Stellv. Vorsitzender

Anke Marggraf  
Schriftführerin